

Henning Jonas
Kornhalde 18
89195 Staig
Tel./Fax: 07346-8242

INITIATIVE GRUNDEINKOMMEN ULM, Kornhalde 18,
89195 Staig

Persönlich!

12. Juni 2012

Herrn Bundespräsidenten
Joachim Gauck
Schloß Bellevue
Spreeweg 1

10557 Berlin

Betrifft: Anfrage zu Freiheit und Grundeinkommen

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Wir, die unten genannten Personen, gehören der seit 1996 bestehenden „Initiative Grundeinkommen Ulm“ (www.grundeinkommen-ulm.de) an, und sind in der Region für die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens werbend unterwegs. Damit ist gemeint, dass der Staat jedem Bundesbürger ein Einkommen in Höhe des soziokulturellen Minimums garantiert, ohne dass dieses an Bedingungen geknüpft wird. Sehr gut ist diese Idee unserer Meinung nach in dem Buch der Herausgeber Dieter Althaus (ehem. Ministerpräsident von Thüringen) und Hermann Brinkert *Solidarisches Bürgergeld* (Institut für neue soziale Antworten, Nov. 2010), und in dem von Helmut Pelzer *Das bedingungslose Grundeinkommen* (Lucius & Lucius, Stuttgart 2010) ausgeführt.

Sie, Herr Bundespräsident, sind in der Öffentlichkeit bisher mit Ihrem „Lebensthema Freiheit“ (Antrittsrede vor dem Deutschen Bundestag) hervorgetreten. Und Sie verknüpfen die Freiheit mit der sozialen Gerechtigkeit. Gerade diese Verknüpfung sehen wir als das Hauptmotiv für unsere Arbeit an. Deswegen bitten wir Sie, darauf in Bezug auf das Grundeinkommen näher einzugehen. Im Folgenden haben wir einige wenige Gedanken dazu skizziert:

Wir stimmen Ihrem im Interview mit dem Journal für Philosophie *Der blaue Reiter, Philosophie im Gespräch II* abgedruckten Satz „Wir leben in einer durch Fürsorge organisierten minderen Ermächtigung“ zu, weil wir glauben, dass die ganze Hartz IV – Gesetzgebung das Produkt einer paternalistischen Fürsorgepolitik ist. Die Haltung „fördern und fordern“ passt zu Eltern gegenüber ihren Kindern, aber nicht zum Staat gegenüber seinen Bürgern. Mit dem erzwungenen Nachweis der Bedürftigkeit wird Hartz IV zudem der Würde des Menschen nicht gerecht, und schränkt darüber hinaus Grundrechte ein. Und leider scheinen sich allzu viele Bürger bereits daran gewöhnt zu haben, um den Preis sozialer Unterstützung von einer Verwaltung obrigkeitstaatlich gelenkt, gegängelt, und in ihrer Selbstverantwortung eingeschränkt zu werden.

Dagegen setzt ein von der Gemeinschaft gewährtes Mindesteinkommen von